

# Schiersteiner Zeitung

## Amts-Blatt.



Anzeigen-Blatt für Schierstein und Umgegend  
(Schiersteiner Anzeiger) — (Schiersteiner Nachrichten) — (Schiersteiner Tagblatt)  
(Schiersteiner Neues Nachrichten) — (Niederwallner Zeitung)

**Anzeigen**  
Kosten die einspaltige Kolonelle oder deren Raum 15 Pfg.  
Für auswärtige Besteller 20 Pfg.  
Reklamen 60 Pfg.

**Bezugspreis**  
monatlich 30 Pfg., mit Bringerlohn 55 Pfg. Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.55 Mt. auschl. Bestellgeld.

Fernruf Nr. 164.

Postcheckkonto Frankfurt (Main) Nr. 16681.

Erscheint: Dienstage,  
Donnerstage, Samstage

Druck und Verlag  
Probst'sche Buchdruckerei  
Schierstein.

Verantwortlicher Schriftleiter  
Witb. Probst, Schierstein.

Fernruf Nr. 164

Nr. 148.

Samstag, den 14. Dezember 1918.

26. Jahrgang

Infolge der durch die Einführung des Achtstundentages veränderten Arbeitseinteilung bitten wir, Anzeigen bis abends 6 Uhr vor dem Erscheinungstage bei uns einzureichen. Spätere Zusendungen müssen, abgesehen von dringenden Fällen, für die nächsterfolgende Nummer zurückgestellt werden.

Die Redaktion.

### Verlängerung des Waffenstillstandes.

Trier, 13. Dez. (W. B.) Ausführliche Meldung. Der Waffenstillstandsvertrag wurde heute vormittags um 11<sup>1/2</sup> Uhr deutscher Zeit in dem Salonwagen des Marzschalls Koch in Trier verlängert. Der Wortlaut des Abkommens ist wie folgt:

#### Abkommen.

Die Unterzeichneten, versehen mit Vollmachten, kraft deren sie den Waffenstillstandsvertrag vom 11. November unterzeichneten, haben heute folgendes Zusatzabkommen unterzeichnet:

1. Die Dauer des am 11. November abgeschlossenen Waffenstillstandes ist um einen Monat verlängert, bis zum 17. Januar 1919, 5 Uhr (fünf Uhr) vormittags. Diese Verlängerung um einen Monat wird unter Vorbehalt der Zustimmung der alliierten Regierungen bis zum Abschluss des Präliminarfriedens ausgedehnt werden.

2. Die Ausführung der Bedingungen des Abkommens vom 11. November, soweit dieselben zur Zeit noch unvollständig verwirklicht sind, wird fortgesetzt und in der Zeit der Verlängerung des Waffenstillstandes zu den von der internationalen Waffenstillstandskommission festgesetzten Vorschriften nach den Weisungen des Oberkommandos der Alliierten zum Abschluss geführt.

3. Folgende Bedingung wird dem Abkommen vom 11. November hinzugefügt: Das Oberkommando der Alliierten behält sich von jetzt an, wenn es dies für angezeigt erachtet, und um sich neue Sicherheiten zu verschaffen, vor, die neutrale Zone auf dem rechten Rheinufer nördlich des Kölner Brückenkopfes bis zur holländischen Grenze zu besetzen. Diese Besetzung wird von dem Oberkommando der Alliierten sechs Tage vorher angezeigt werden.

Trier, 13. Dezember 1918.

gez. J. Koch, A. G. Bompas, Admiral, gez. Erzberger, A. Oberndorff, von Winterfeldt, Banfelow

#### Marzschall Koch in Trier.

Trier, 13. Dez. (W. B.) Marzschall Koch ist gestern mittags gegen 12 Uhr im Sonderzug mit etwa 40 Herren auf dem Hauptbahnhof angekommen. Er fuhr sodann mit seiner Begleitung in Autos zum Hotel zur Post, wo die deutsche Waffenstillstandskommission wohnt. Am nachmittags kehrte der Marzschall nach dem Bahnhof in seinen Salonwagen zurück. Wie die „Landeszeitung“ meldet, ist auch General Pershing hier angekommen.

### Reichstags-Einberufung.

Der Präsident des Reichstages hat am 12. Dezember an die Reichstagsabgeordneten folgendes Schreiben gerichtet:

An die Herren Reichstagsabgeordneten!

Die Frist des Waffenstillstandes läuft in den nächsten Tagen ab. Auch wenn sie verlängert werden sollte, muß der Abschluß eines Vorfriedens sofort angestrebt werden, wenn das Vaterland vor weiterem ungemessenen Schaden bewahrt werden soll. Die Nachrichten aus den Lagern unserer Feinde lauten nun aber mit immer größerer Bestimmtheit dahin, daß diese der jetzigen Reichsleitung die Verhandlungsfähigkeit absprechen, daß sie jedoch die gesetzgebenden Organe des alten

Reichs, Bundesrat und Reichstag, als berechtigt anerkennen zur Schaffung einer legitimen Reichsregierung sowohl, wie auch zur Beschlußfassung über das Wahlgesetz für die Nationalversammlung. Meine fortgesetzten Bemühungen, Herrn Ebert im Interesse der Reichsleitung von der Notwendigkeit der Berufung des Reichstages zu überzeugen, sind erfolglos geblieben. Die Not der Zeit verbietet weiter zu warten und verpflichtet mich, auch ohne die Zustimmung der Regierung von der in der Sitzung vom 26. Oktober d. J. erhaltenen Ermächtigung zur Berufung des Reichstages Gebrauch zu machen. Ich berufe deshalb hiermit den Reichstag, behalte mir aber Bestimmung von Zeit und Ort der Tagung noch vor. Die Herren Kollegen bitte ich, sich zur Abreise bereit zu halten und zu der demnächst einzuberufenden Sitzung vollständig zu erscheinen. (gez.) Fehrenbach, Präsident des Reichstages.

Dieses Schreiben ist auch dem Rat der Volksbeauftragten zugegangen, der Herrn Reichsanwalt Fehrenbach folgendes geantwortet hat:

Auf Ihr gefälliges Schreiben vom heutigen Tage erlaube ich mir folgendes zu antworten: Die Behauptung, daß die Entente der jetzigen Reichsleitung die Verhandlungsfähigkeit abspricht, daß sie jedoch den Bundesrat und Reichstag als berechtigt anerkennt, zur Schaffung einer legitimen Reichsregierung, sowie zur Beschlußfassung über das Wahlgesetz für die Nationalversammlung, entbehrt der Begründung. Sie ist nur geeignet, die Entente im Widerspruch zu der tatsächlichen Macht der gegenwärtigen Regierung in den irdigen Mäusen zu verfechten, als ob eine verhandlungsfähige Regierung nicht vorhanden wäre. Der Rat der Volksbeauftragten legte wiederholt dar, daß durch die politische Umwälzung der Bundesrat und der Reichstag als gesetzgebende Organe zu existieren aufgehört haben. Sollten Sie trotzdem den nicht mehr bestehenden Reichstag einberufen, so werden Sie die Verantwortung für alle Folgen zu tragen haben. Der Rat der Volksbeauftragten.

### Die Freiheit der Meere.

Der frühere englische Staatssekretär des Neußern, Lord Grey, hielt in Densbury eine Rede über die Freiheit der Meere, in der er sagte, über diese Frage bestehe in England ein beträchtliches Vorurteil, das darauf zurückzuführen sei, daß man sie für eine deutsche Frage halte. Sie stamme aber aus Amerika und sei von den Deutschen nur für ihre eigenen Zwecke angenommen worden. Was bedeutet die Freiheit der Meere in Friedenszeiten? Wo immer die britische Flotte in Friedenszeiten in der Lage gewesen ist, Einfluß und Macht auszuüben, hat sie diesen Einfluß unparteiisch für die Freiheit der Meere für alle Völker ohne Unterschied ausgeübt. Die Vereinigten Staaten haben, so viel ich weiß, ein Gesetz, wodurch es fremden Schiffen verboten wird, Waren zwischen den Vereinigten Staaten und den Philippinen zu verschicken. Einige andere Länder haben ähnliche Bestimmungen. Wir hatten niemals eine derartige Bestimmung. Wir sorgen in Friedenszeiten in viel weitergehendem Maße für die Freiheit der Meere, als irgend ein anderes Volk. Ich glaube, wir sollten für die Tatsache, daß wir die britische Seemacht in Friedenszeiten niemals dazu verwandten, das Befahren der Meere für uns selbst leichter zu machen, ohne es gleichzeitig auch unter denselben Bedingungen für andere zu erleichtern, etwas mehr Anerkennung ernten als wir tatsächlich finden. Bezüglich der Freiheit der Meere in Kriegszeiten möchte ich sagen, daß die Vereinigten Staaten, seit sie in den Krieg eintraten, mit der Durchführung der Blockade nicht nur einverstanden waren, sondern auch mit allen Kräften dabei mitwirkten. In früheren Stadien des Krieges war die Blockade nicht annähernd so vollständig, weil die Vereinigten Staaten viele Einwände erhoben. Aber in den späteren Kriegsjahren wurde die Blockade mit Hilfe der Vereinigten Staaten vollständig gemacht. Ohne diese Blockade wäre der Krieg nicht gewonnen worden.

### Der Waffenstillstand.

(\*) Nach Pariser Berichten haben die deutschen Vorstellungen in England Gehör gefunden. Die Verlängerung des Waffenstillstandes wird in Kürze erwartet. Es denke in Wirklichkeit niemand daran, nach den bisherigen Erfahrungen die Feindseligkeiten allein aus dem Grunde wieder aufzunehmen, weil Deutschland in der Erfüllung der Bedingungen nicht dem Wortlaut der Vereinbarungen entsprochen habe.

### Die Ostsee gesperrt.

(\*) Der durch den Waffenstillstand den Engländern erlaubte Eintritt in die Ostsee, den sie während des ganzen Krieges zu erzwingen nicht gewagt haben, hat den ungestörten Verkehr zwischen den deutschen und den nordischen Häfen mit einem Schlage lahm gelegt. Die Engländer verhängen über die deutsche Ostseeküste eine Hungersperre und entziehen Deutschland auch die Stellen der Versorgung, die es während des Krieges noch hatte. Das geschieht nach Abschluß des Waffenstillstandes, in dessen Artikel 25 die ausdrückliche Zusage gemacht war, Deutschland während der Dauer des Waffenstillstandes in dem als notwendig erkannten Maße mit Lebensmitteln zu versorgen. Auch die nordischen Länder bleiben von dieser neuen englischen Vergewaltigung nicht unberührt. So liegen z. B. in Deutschland mehrere Dampfer mit Salz, Petroleum usw. für den nordischen Heringsfang. Die Gefahr der Kaperung verhindert diese Dampfer, die Fahrt nach Norwegen anzutreten. Ebenso liegen in nordischen Häfen Dampfer mit Fischprodukten für Deutschland, die verderben, weil die Engländer ihre Hungersperre auch auf die Ostsee ausgedehnt haben.

### Zur See.

In Die Verhandlungen mit der britischen Kommission in Wilhelmshaven lassen erkennen, daß Forderungen nicht zu erreichen sind. Trotz der deutschen Proteste verlangt der englische Admiral genaue Angaben über die im Bau befindlichen Kriegsschiffe. Trotzdem der englische Vertreter in Spa auf Ablehnung des Panzerkreuzers „Madonnen“ verzichtete und trotzdem, wie deutscherseits mitgeteilt, dieses Schiff nicht vor vier Monaten schiffbereit sein kann, hat der englische Admiral die Nichterfüllung seiner Forderung, das Schiff bis Ende Dezember zur Ueberführung fertig zu stellen, als Nichterfüllung der Waffenstillstandsbedingungen bezeichnet und in diesem Sinne seiner Regierung berichten zu wollen erklärt. Er bezieht ferner auf Auslieferung der nach dem Völkerrecht rechtmäßig in deutschen Besitz übergegangenen Schiffe. Trotz des Hinweises auf die bedauerlichen Folgen für die deutsche Volksernährung zeigte die Kommission kein Entgegenkommen in der Frage der Freigabe der Fischerei und des Verkehrs zwischen den deutschen Häfen und bezog sich auf die diesbezügliche bereits erfolgte ablehnende Antwort Beatus. Der englische Admiral verlangt ferner, daß bis zum 17. Dezember sämtliche Besatzungen von außer Dienst gestellten Schiffen interniert werden bis auf die Instandsetzungskommandos, wie sie auf einer Hülfe verbleiben. Unter einer Hülfe versteht man ein altes, ausstanztes Fahrzeug, das nur noch zu Bohn- und Lagerzwecken dient. Ebenso wie nach der Beschlagnahme des Linien Schiffes „Raden“, die durch Nichtausführung der vom Hochseeflotillenkommando im Einvernehmen mit dem Arbeiter- und Soldatenrat getroffenen Anordnungen seitens einzelner Marinemannschaften gestört wurde, hat auch bei den Vorgesprechungen über die Uebergabe der internierten Entensschiffe die englische Kommission gedroht, die Waffenstillstandsverhandlungen abbrechen, wenn nicht eine glatte Abwicklung gemäß den in den Kommissionsverhandlungen festgesetzten Anordnungen erfolgen würde.

### Der Frieden.

#### Die Rheingrenze.

(\*) Je näher der Kongress für den Präliminarfrieden heranrückt, umso energischer wird in einigen französischen Blättern, deren Wohl sich nach und nach vergrößert, der Rhein als natürliche Grenze Deutschlands bezeichnet. Der „Temps“ veröffentlicht den Brief eines höheren Offiziers, in dem erklärt wird, daß nur der Rhein eine genügende Garantie gegen einen militärischen Ueberfall auf Frankreich und Belgien seitens Deutschlands biete. Remandel bemerkt im „Temps“, daß diese Forderung mit den Wilsonschen Grundsätzen im Einklang gebracht werden könne. Wie die Rheinlande über sich selbst verfügen sollten, so beabsichtigt Frankreich keineswegs ihnen ihr Schicksal innerhalb der französischen Grenzen anzuweisen. Die für den Weltfrieden notwendigen Garantien seien: kein Rheinmonopol für irgendeine Nation, kein Preußen am Rhein. Die militärischen Grenzen Deutschlands sind hinter den Rhein zurückzuverlegen und keine Festungen von Basel bis Köln. Der „Gaulois“ verlangt dieselbe Sicherstellung durch die Rheingrenze. Die Friedenskonferenz werde darüber zu entscheiden haben, ob die Pfalz und die Rheinprovinz zu annektieren seien. Jedenfalls dürften in den genannten Provinzen nie wieder deutsche Garnisonen stehen. Ähnlich schreibt der „Welt Parisien“. Er sagt, die Friedenskonferenz



werde darüber zu entscheiden haben, ob die Militärs als Eroberer oder nur als vorübergehende Besatzung in Mainz einzugehen seien.

#### Wilson.

(\*) Aus New-York verlautet, daß Präsident Wilson nicht vor Ende Februar nach den Vereinigten Staaten zurückkehren werde.

#### Die japanischen Delegierten.

(\*) Die japanischen Delegierten für die Friedenskonferenz sind von Yokohama abgereist.

#### Koloniales.

(\*) Nach dem „Matin“ erklärte Generalprokurator Smith in Liverpool: Wir haben das Recht, dem Feinde bis zum letzten Noppen zu nehmen, was er besitzt. Großbritannien hat einige Kolonien erobert, warum soll es sie zurückgeben? Ich erkläre als Mitglied der Regierung, daß wir die Absicht haben, wenn wir wieder gewählt sind, Deutschland seinen Zoll von seinen Kolonien zurückzugeben. Warum Mesopotamien zurückgeben? Es ist ein reiches Land, das fast allein für den Krieg entschädigen kann.

### Zur inneren Lage.

#### Die Nationalversammlung.

(\*) Amlich wird aus Berlin gemeldet: Jeden Tag gelangen an den Rat der Volksbeauftragten von den bundesrätlichen Volksregierungen, von städtischen und staatlichen Körperschaften, von den Organisations aller Parteien, sowie von zahlreichen Versammlungen Kundgebungen, die eine wesentlich beschleunigte Einberufung der Nationalversammlung fordern. Die Reichsleitung ist außerstande, diese Telegramme zu veröffentlichen oder sie zu beantworten. Sie hat den 16. Februar vorerst als Zeitpunkt für die Wahlen ins Auge gefaßt. Sache der am 16. Dezember zusammengetretenen Arbeiter- und Soldatenräte aus dem ganzen Reich wird es sein, durch einen Beschluß zum Ausdruck zu bringen, ob die Mehrheit sich für einen anderen Termin entscheiden will.

#### Die Garde in Berlin.

(\*) Zwischen den von der Front heimgekehrten Truppen und den revolutionären Organen Berlins und seiner Umgebung ist es zu weiteren Unstimmigkeiten gekommen. Der Kommandeur des 1. Garde-Regiments, Graf Eulenburg, hat, wie berichtet wird, strenge Ehrenbezeugungen der Vorgesetzten und Befehlshaber außerhalb des Dienstes befohlen. Er will außerdem die Soldatenräte des 1. Gardebataillons lediglich als Berater gelten lassen. Bei der Berliner Jäger-Division wurde ein Feldwebel von einem Offizier verhindert, eine rote Schleife zu tragen und der Offizier wurde von dem Kommandeur des Jäger-Bataillons gedeckt mit der Begründung, es befinde bei der hiesigen Truppe noch kein Soldatenrat und außerdem wolle das Bataillon nicht, daß rote Abzeichen getragen würden. Die Organe der Unabhängigen und des Spartakusbundes regen sich über diese Vorfälle hochgradig auf. Aber auch der „Vorwärts“ verlangt, daß mit dem Kommandeur, wenn er sich nicht rechtfertigen könne, Maßregelungen getroffen werden müssen. Die vernünftigen Offiziere selbst müßten wünschen, daß einmal ein Exempel statuiert werde, bevor es zu einer Katastrophe komme.

#### Aus Thüringen.

Erfurt. Sämtliche Arbeiter- und Soldatenräte Thüringens entschieden sich in einer in Erfurt abgehaltenen Konferenz für die Errichtung der deutschen Einheitsrepublik.

#### Die südwestlichen Staaten.

Mannheim. In einer Wahlversammlung der Badischen Volkspartei in Mannheim

wandte sich Minister Dietrich u. a. auch gegen den Versuch, die badische Pfalz von Baden loszulösen. Auf einen Zwischenruf „Namen nennen“ erklärte der Minister, die Namen würden in den nächsten Tagen genannt und gegen die Betreffenden von der Regierung vorgegangen werden. Der „Volksfreund“ behauptet, die Losrennungsbefürwortungen gingen vom Bürgermeister Dr. Weiß in Eberbach aus. Dazu erklärte Dr. Weiß, die Frage, ob die Wiedervereinigung der Pfalz die Trennung derselben von Baden bedinge, werde nur theoretisch erörtert und verneinend beantwortet. Die Erwägungen sprächen sogar für die Vergrößerung Badens durch Angliederung der linksrheinischen Pfalz. Man könne aber weiter gehen und die Frage aufwerfen, ob nicht im neuen Deutschland überhaupt größere Gliedstaaten zweckmäßiger wären und danach die Vereinigung von Baden, Württemberg, Hessen und der linksrheinischen Pfalz für einen starken südwestlichen Pfeiler des Reiches erwünscht sei.

#### Bergewaltigungsversuche in Leipzig.

(\*) Nachdem am Montag Abend in der Albert-Halle des Leipziger Kristallpalastes die einberufene Versammlung des demokratischen Vereins durch Matrosen, Soldaten und Zivilisten gesprengt worden war, sammelte sich, wie die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ melden, zwischen 11 und 12 Uhr Nacht vor dem Gebäude des Hauses eine aufgeregte Menge an und erzwang durch die Drohung, den Betrieb zu stören und zerstören zu wollen, den Verzicht auf die Wiedergabe des Berichtes über die Versammlung. Die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ erhoben in einem Telegramm an die Volksbeauftragten Scheidemann und Ebert auf das entschiedenste Einspruch gegen diese Bergewaltigung und verlangten von der Reichsregierung die zugesagte Sicherung von Pressefreiheit und den Schutz des persönlichen Eigentums durch die bestmögliche Anweisung an den Arbeiter- und Soldatenrat Leipzig. In gleicher Weise wurde bei dem Volksbeauftragten in Dresden Einspruch erhoben. Der sächsische Volksbeauftragte Geyer erklärte, er verurteile jeden heillosen Eingriff in die Arbeit und den Betrieb der Presse, weil er auf dem Boden vollkommener Pressefreiheit stehe.

#### Ein „Putsch“ im Görlitzer Griechenlager.

(\*) Der Görlitzer Arbeiter- und Soldatenrat teilt mit: Bei Ausbruch der deutschen Revolution entstand, wie die Presse seinerzeit meldete, auch in dem Görlitzer Griechenlager eine spontane Bewegung. Es bildete sich ein griechischer Soldatenrat, der die Unterwerfung des deutschen Krieger- und Soldatenrates Görlitz nachsuchte. Diese wurde auch gutwillig gewährt. Sehr bald aber stellte sich heraus, daß der griechische Arbeiter- und Soldatenrat überaus geschickt die deutsche Revolution nur mißbraucht hatte, um einen Putsch zu inszenieren, der mit den Ideen der deutschen Revolution nicht das mindeste zu tun hatte. Es rissen anarcho-anarchische Zustände im Griechenlager ein, die die deutschen Interessen in Mitleidenschaft zogen und die Entrüstung der Görlitzer Bevölkerung erregten. Nachdem alle Versuche des Görlitzer Arbeiter- und Soldatenrates, auf gütliche Weise Besserung zu schaffen, erfolglos blieben, entschloß man sich am 10. Dezember zur Festnahme des griechischen Arbeiter- und Soldatenrates und einiger anderer Führer der Bewegung. Gleichzeitig nehmen die Bemühungen des Görlitzer Arbeiter- und Soldatenrates an der Reichsregierung ihren Fortgang, den Völkerverband zur schnellsten Rückbeförderung der Griechen in die Heimat zu veranlassen. (Welcher Art der „Putsch“ war, geht aus dieser Darstellung des Görlitzer Arbeiter- und Soldatenrates nicht hervor.)

#### Die besetzten Gebiete.

(\*) Aus zuverlässiger Quelle erzählt das Volksche Bureau, daß etwa 1000 junge Männer, Söhne von altpreußischen Eltern, aus Stralsund zur

Zwangsarbeit nach Belgien abgeführt sind.

### Zur Tagesgeschichte.

#### Deutsches Reich.

(\*) Nachdem sich herausgestellt hat, daß die Haft der Herren Thissen und Zundt und einiger anderer Bergwerksdirektoren in a. d. Ruhr auf die Demunition eines Kesslers erfolgt ist, und nachdem die Herren lassen worden sind, wird der Vorgang auch weiter, die der gegenwärtigen Regierung nahesteht. In bürgerlichen Blättern wird vielfach hingewiesen, daß die Verhaftung gänzlich willkürlich ist, ebenso der Transport nach Berlin, u. d. h. keinerlei gesetzliche Unterlage. Die ganze Prozedur vorliegt. Der Generalstaatsanwalt erklärt übrigens, daß er mit Untersuchung und Unterbrechung nichts zu tun gehabt. Vorfall wird dazu dienen, daß, soweit es in Zeit möglich ist, scharf und klar von der Regierung Ausdruck gebracht wird, daß Arbeiter- und Soldatenräte kein Recht zu Verhaftungen und zur Verurteilung von Unterjüngerschaft haben.

(\*) Im Anschluß an die am nächsten stattfindende Zentralvorstandssitzung der nationalen Partei tritt eine Delegiertenversammlung der deutschen Volkspartei zusammen, in der die Vorbereitung zu den Wahlen zur Versammlung getroffen werden soll. — Die Vaterlandspartei zeigt ihre Auflösung.

(\*) Unbeschadet der von der Reichsregierung plant weitergehenden Einschränkung der Zwangsverordnungen gegen Teilnehmer hat der preussische Justizminister Rosenfeld mit Rücksicht auf die herrschende Unruhe für Preußen angeordnet, daß die Verhörer von der zwangsweisen Räumung von Wohnungen ohne Unterschied, ob es sich um Kriegsteilnehmer oder nicht, in allen Fällen, in denen die Befürchtung der aus der Wohnung zu entweichenden Personen besteht, die anderweitige Unterbrechung der Person bei der Ortspolizeibehörde zu veranlassen.

(\*) Das Reichsamt für Demobilisierung hat eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, denen eine Abnahme der in den Großstädten bestehenden Arbeitslosigkeit erwartet kann.

#### Ungarn.

(\*) Die Regierungsräte sind mit dem Ausbruch des Innenministers Graf Batthyány und des Ministers Barthó aus dem Kabinett getreten. Der Präsident Graf Karolyi hat sich dem Stand der Sozialisten und Radikalen bezüglich der Reform angeschlossen und damit die Entscheidung gefördert, wodurch der Weiterbestand des Kabinetts möglich wurde. Der Nachfolger Barthós wird Zivilperson sein.

#### Aus Frankreich.

(\*) Nach einer Havasmeldung berichtete Deschanel in der Kammer über die Politik Frankreichs nach Elsaß-Lothringen. Er erklärte u. a.: Wir gehören dem Elsaß-Lothringen, wie es auch für immer zu uns gehört, entschlossen, alles zu tun, was dazu nötig ist. Der Präsident Clemenceau, der nach ihm das ergreift, schloß sich den Erklärungen Deschanel an, schloß ebenfalls den von der Elsaß-Lothringerbildung den französischen Vertretern bereiteten

#### Schweden.

(\*) Die durch die deutsche Revolution auch in Schweden politischen Kämpfe

### Das Ange der Nacht.

Eine Erzählung aus Transvaal von J. B. Miford. Deutsch von M. Walter.

43) (Nachdruck verboten.) Ich hatte eine schlimme Zeit in den infernalischen Bergen, denn am Tage durfte ich mich nicht zeigen und des Nachts fand ich mich in der fremden Gegend nur schwer zurecht. Sie können sich denken, wie mir das zu-gefiel, halb verachtet und abgelehrt wie ich war. Nun, endlich erreichte ich doch die Farm, aber Fanning ließ sich nicht blicken, hingegen fand ich einen Brief aus Kapstadt, in welchem mein sofortiges Erscheinen dort verlangt wurde. Es handelt sich um eine wichtige geschäftliche Angelegenheit, und muß ich mich jetzt gewaltig tummeln.

Ich ließ Fanning ein Billet zurück, mit dem Ersuchen, mir meinen Anteil an der Beute nachzusenden: wir hatten ja keine Zeit gehabt, eine Teilung vorzunehmen. Inzwischen wird er sich doch wohl heimgefunden haben: er kennt ja das Land wie seine Tasche und ist ein so findiger Kopf. Wahrhaftig, ich habe nie einen tüchtigeren Burschen gesehen wie ihn.

„Om“, bemerkte Seltirk mit besorgter Miene. „Was Ihr da erzählt, klingt nicht sehr befriedigend. Wäre er in Sicherheit, so hätte er uns gewiß Nachricht gegeben. Nun, hoffen wir das Beste!“

„Ja, hoffen wir das!“ nickte der Andere, denn wenn ihm etwas zustieße, so würde ich einen gewaltigen Verlust erleiden, da er fast die ganze Ausbeute bei sich trägt.“

Welch charakteristischer Ausdruck für diesen selbststichtigen Mann! Als Seltirk denselben Abend am Kammlentisch seine Abenteuer erzählte, zeigte er dafür, sich selbst in das hellste Licht zu stellen und die Gefahren, die er bestanden, mindestens um das Dreifache zu vergrößern. Violett bewunderte im Stillen den Heldensinn ihres Geliebten und war stolz, daß er dies alles, wie er ihr versichert, um ihrer willen ertragen. Sie hörte seinen Bericht mit Interesse an, aber doch nicht so aufmerksam, wie Marrian Seltirk, deren Augen unausgesetzt auf ihn gerichtet waren und deren forschender Blick ihm ein gewisses Unbe-

haben verursachte, das sich noch steigerte, als sie ihm verschiedene Kreuz- und Querfragen stellte.

Seltirk und seine Frau schienen über Fannings Ausbleiben nicht besonders unruhig zu sein, da sie sich sagten, daß, wenn ein so unerfahrener Mann wie der Engländer sich zurechtgefunden habe, dies für den langjährigen Glücksjäger noch viel leichter sein müsse. Marrian jedoch gab sich mit solchen unbestimmten Trostworten durchaus nicht zufrieden. In ihrer Seele tauchte ein jäher, entsetzlicher Verdacht gegen Seltirk auf. Sie hatte diesem Manne nie getraut und glaubte auch jetzt nicht an die Wahrheit seiner Aussagen. „Er hat den armen Willem ermordet, um den Schatz für sich zu haben!“ Klang es wieder und wieder in ihr, und dieser quälende Gedanke verfolgte sie fortan Tag und Nacht. Sie ließ ihn zwar nie laut werden, er machte sie aber stetig unglücklich und verfiel sie in eine Schwermut, deren Grund ihre Angehörigen sich nicht zu erklären vermochten.

Am folgenden Morgen verabschiedete sich Seltirk von seinen Wirtin, und da sowohl er wie Violett bei dieser Gelegenheit die denkbar größte Gleichgültigkeit zur Schau trugen, so schloß sich Christoph Seltirk vollstän-

diges war in bester Ordnung und die Dinge konnten ihren gewohnten Lauf nehmen.

#### 28. Kapitel.

#### Gerettet.

Mit geschlossenen Augen den Tod erwartend, lag Willem Fanning in der fernen Wüste, gleich einem Streiter, der seinem schrecklichen Schicksal entgegensteht. Denn vor ihm lauerte die blutdürstige Bestie, alle Muskeln anspannend, mit funkelnden Zier den hilflosen Feind betrachtend, den sie sich zum Opfer aussuchen. Schon blickte sie sich zum Sprunge, als sie plötzlich einen wilden Schmerzensschrei ausstieß und, mit dem Zweifel die Erde peitschend, den Kopf zur Seite wandte.

Ein leises Schwirren ward vernehmbar, und von unsichtbar zum Sprunge, als sie plötzlich einen wilden Schmerzensschrei ausstieß und, mit dem Schweiß die Erde peitschend, den Kopf zur Seite wandte.

Ein leises Schwirren ward vernehmbar, und der sichtbar Hand entsetzt, durchbohrte ein Geschloß Auge des laut heulenden Tieres, das sich über den Rand des Felsens in die Tiefe stürzte.

Seine unerwartete Befreiung gab Fanning den Bewußtsein zurück und erwiderte gleichzeitig den Blick, zu erstarren, wenn er seine Rettung verstand, bebend vorstehend, lugte er ins Tal hinab, aber er auch sah, zeigte ihm, daß er nur scheinbar befreit war, ja, daß er sozusagen vom Regen in die Traube gekommen. Wohl wand sich der mächtige Leopardenbesatzung, doch neben ihm stand eine unterirdische hässliche Gestalt — ein Buschmann, mit Bogen und bewaffnet. Fanning sah sich hastig zurück, als der scharfe Blick des Wilden hatte ihn bereits erfaßt, häßliches Grinsen überflog sein pergamentartiges und drohend schwang er seine Waffe.

Nun war jede Aussicht auf Rettung verloren. Fanning, denn der braune Teufel würde sicher gern, den so zufällig entdeckten Feind mit einem vergifteten Pfeile ins Jenseits zu befördern. Aber lauschte er auf jedes Geräusch, aber es blieb alles still. Hatte ihn der Wilde vielleicht doch nicht bemerkt, oder er gegangen, seine ohne Zweifel nicht fernem Genossen beizurufen, damit sie sich mit ihm an den Todesmarsch des Opfers weiden sollten?

Schon überlegte Fanning, ob er nicht ein Versteck suchen sollte, als er das Bräseln herabstiege vernahm und gleich darauf das abstoßende Geräusch des Buschmannes über dem Felsenrand zu hören. Gefahr erwartete er den Todesstoß; der selbe blieb aus. Wohl aber schlug plötzlich eine Stimme an sein Ohr. „Altagstag! Mein kleiner Sprachslos starrte Fanning den Wilden an. Er nach der Stirne, als könne er es nicht fassen, und dann wieder auf die braune Gestalt. Es war kein möglich. Der alte Dikt, sein entlausener Diener, Abwesenheit seines Geleiters benutzt hatte, um Willem unter seinen Landsteuten der goldenen zu erfreuen, stand vor ihm.

(Fortsetzung)



Der letzte demokratische Reformvortrag der Regierung geführt haben, sind jetzt durch Kompromiß zu einem vorläufigen Abschluß gekommen. Dieses Kompromiß steht eine beträchtliche Erweiterung des Wahlrechts für die Gemeindevertretungen und Provinzialtage und damit für die Erste Kammer und dürfte nächster Tage im Reichstag angenommen werden. Nur einige reaktionäre Kreise und die bolschewistischen Linksozialisten sind damit unzufrieden. Praktisch bedeutet es einen großen Sieg der Mehrheitssozialisten und den baldigen Sturz der konservativen Mehrheit in der Ersten Kammer, wodurch die Bahn für eine weitergehende Demokratisierung frei wird.

#### Chile und Peru.

(\*) Havas meldet aus Paris: Die peruanische Gesandtschaft teilt mit, daß Peru die Vermittlung des Präsidenten Wilson bei seiner Differenz mit Chile annehme.

#### Lozales und Provinzielles.

Schierstein, den 14. Dezember 1918.

**Zusammenarbeiten, zusammenstehen!**  
Wir sollten es alle einsehen in diesen Tagen, ob Arbeiter oder Millionär, ob Beamter oder Kaufmann, ob Soldat oder Antimilitarist — es ist eine ernste, bitter notwendige, eine Gewissensmahnung an alle — zusammenarbeiten, zusammenstehen! Seht Ihr nicht, wie Deutschlands letztes bißchen Zusammenhang auseinander zu fallen droht, einem wankenden Mauerwerk gleich? Seht Ihr nicht, wie die Revolution statt der erhofften Befreiung vom Joch der alten Regierung — die doch immerhin wenigstens Ordnung zu halten wußte — uns jetzt das Gegenteil von dem zu bringen droht, was ihre Führer uns versprochen? Wie alle Leidenschaften und Sonderinteressen jetzt rücksichtslos nach oben drängen und um ihres ureigenen Vorteils willen ganz Deutschland dem völligen Zusammenbruche ausliefern, ohne zu bedenken, daß sie damit auch ihren eigenen Ausblicken den Weg versperren. Seht Ihr nicht, wie die Gegner, die Euch jahrelang mit Lügen von Völkerverbrüderung und ewigem Frieden geködert, bis Ihr ihnen auf den Leim ginget, wie diese Gegner jetzt hohnlachend das wehrlose Deutschland mit Füßen treten? Das Schlimmste kann nur dann noch von uns abgewendet werden, wenn Ihr alle jetzt endlich zur Einsicht kommt, wenn Ihr alle jetzt über den eigenen Vorteil den der Gesamtheit seht, aus dem heraus allein nur Euer Sonderinteresse schließlich auch gerettet werden kann, wenn Ihr alle endlich einseht, daß die Lösung der Stunde nicht anders lauten kann, als: Zusammenarbeiten, zusammenstehen!

\* Die Demobilisierung hat begonnen, unsere Feldgrauen kehren in die Heimat zurück. Alles kommt jetzt darauf an, das wirtschaftliche Leben wieder in Gang zu bringen, in Stadt und Land Gelegenheit zu redlicher Arbeit zu schaffen, denn Arbeitslosigkeit bringt die Gefahr von Hungersnot und Ausschreitungen. Schon sind Staat und Gemeinden am Werke, für die fortfallenden Heeresaufträge durch Inangriffnahme größerer Arbeiten und Erzielung mannigfaltiger Aufträge Gelegenheit zu Arbeit und Verdienst zu bieten. Damit geschieht aber nicht genug; auch für den Handwerker, der an diesen öffentlichen Arbeiten keinen Anteil gewinnt, muß gesorgt werden. Deswegen ergeht außer an die öffentlichen Körperschaften auch an jeden Privatbetrieb und Privathaushalt der Ruf: Denkt an die Handwerker, die aus dem Felde oder aus dem Hilfsdienst heimkehren und jetzt wieder Arbeit und Brot haben wollen und müssen. In jedem Betriebe und Haushalte werden Arbeiten oder Anschaffungen vorzunehmen sein, die während des Krieges zurückgestellt waren, wird es Änderungen und Ausbesserungen geben, die schon längst hätten ausgeführt werden sollen. Jetzt ist die rechte Zeit, sie in Auftrag zu geben. Damit für den einzelnen verbundene kleine Geldopfer müssen gebracht werden. Verlasse sich niemand darauf, daß vielleicht in wenigen Wochen die Preise niedriger sein werden. Bleiben unsere Handwerker und Geschäftslente jetzt ohne Verdienst, so können daraus Zustände entstehen, die der Gesamtheit und jedem einzelnen und endlich viel teurer zu stehen kommen.

\* Die französische Besatzung in Wiesbaden. Nachdem vorgestern die Quartiermacher hier eingetroffen, hielten gestern vormittag die ersten französischen Truppen — etwa 100 Mann — ihren Einzug in Wiesbaden. Es waren Radfahrer, ein Zug Kavallerie und etwa 60 Mann Infanterie. Am Rathaus wurden sofort ein bzw. zwei Aufrufe in französischer und deutscher Sprache angeschlagen, worin Verhaltensregeln für das Publikum bekannt gegeben sind. Wiesbaden wird mit etwa 1200 Mann Truppen belegt. Für etwa 300 bis 400 Offiziere mußten Quartiere in Hotels bereitgestellt werden. Man nimmt an, daß der Stab des Brückenkopfes Mainz in Wiesbaden Quartier beziehen. Unter den in Wiesbaden wohnenden Offizieren wird sich auch der Hochtötkommandierende befinden. Sein Standortquartier ist der „Rassauer Hof“.

\* Arbeiter- und Soldatenräte aufgeführt. Der Chef des Generalstabs, gez. Wehll, Oberstleutnant, erläßt im Auftrag des Oberkommandos folgende Bekanntmachung: „Die Entente hat sich das Kontrollrecht in der neutralen Zone vorbehalten. A- und S.-Räte werden nicht von ihr gebildet, sie sind daher in der neutralen Zone aufzulösen. Mitglieder von A- und S.-Räten, die von der Entente in der neutralen Zone betroffen werden, müssen gewärtig sein, von der Entente verhaftet zu werden. Unter Hinweis auf vorstehende Bestimmung der Obersten Heeresleitung werden alle A- und S.-Räte in der neutralen Zone hiermit aufgefordert, vom 12. 12. ab ihre Tätigkeit einzustellen und ihre bisher ausgeübten Funktionen wieder den zuständigen Behörden zu überlassen. Die neu-

trale Zone im Armeebereich wird durch folgende ungefähr Linien begrenzt: im Westen Linie Geisterbach — westlich Diez — Niederweifen — Kaltenhofhäuser — Bechtelheim — Ballrabenstein — Waldorf — Oberreifenberg — westlich Oberursel — Wehrand Frankfurt — Ostrand Langen — Bayreuth, im Osten Linie Siedden — Nordrand von Nieder- und Oberbrechen — Niederlauten — Wehrfeld — Nordstrand Friedrichsdorf — Bülbel — Bürgel — Diez — Ueberach.

Durch den kommandierenden General der französischen Besatzung in Wiesbaden ist folgender Aufruf an die Bevölkerung erlassen worden:

#### Aufruf!

Die alliierte Militärbehörde übernimmt den Oberbefehl im Lande. Sie verlangt von allen den strengsten Gehorsam.

Die Gesetze und Verordnungen, die bei Beginn der Besetzung in Kraft waren, werden durch uns gewährleistet, so weit sie unsere Sicherheit nicht gefährden.

Unter der Aufsicht und der Leitung der Militärbehörden werden die öffentlichen Verwaltungen aufgestellt, in Tätigkeit zu bleiben.

Die Staats- und Kommunalbeamten sind verpflichtet, und angehalten, die ihnen übertragenen Ämter gewissenhaft und in ehrlicher Weise auszuüben; Die Gerichte werden weiter Recht sprechen.

Die Einwohner haben sich jeder feindlichen Handlung, sei es in Wort oder Tat, gegenüber den alliierten Behörden zu enthalten. Sie sind verpflichtet, den gesetzmäßig auferlegten Requisitionen Folge zu leisten.

Jeder, der eines Verbrechens oder eines Vergehens überführt wird, sei er Urheber oder Mithelfer, wird sofort verhaftet und vor ein Kriegsgericht gestellt.

Jedes Vergehen gegen die der Bevölkerung bekannten gegebenen Erlasse sowie jede Gehorsamsverweigerung werden streng bestraft.

Die Besetzung des Landes durch die alliierten Armeen wird durch diesen Aufruf festgelegt; er bestimmt für jeden seine Pflicht, die darin besteht, an der Wiederaufnahme der örtlichen Verkehrsverhältnisse mit Tatkraft, Ruhe und Disziplin mitzuwirken; möge ein jeder sich eifrig daran beteiligen.

Le Maréchal de France,

Hochkommandierender der alliierten Armeen:  
Foch.

Auf Befehl des kommandierenden Generals der Besatzungstruppen veröffentlicht.

Wiesbaden, den 13. Dezember 1918.

Der Oberbürgermeister.

#### Eingefandt.

(Für alle unter dieser Rubrik erscheinenden Mitteilungen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.)

Gar zu oft kann man hier die Wahrnehmung machen, daß ein Polizeibeamter bei der Ausübung seiner Dienstgänge seinen kleinen Sprößling von Haus zu Haus führt und ihn am Seitengewehr oder Mantel nachzieht.

Nicht dienstlich betrachtet, sieht das recht hinderlich, dazu amüßig aus; zum andern ist hier für unsere Polizeiorgane ein Arbeitsfeld gegeben, daß ihnen im Dienste für persönliche und häusliche Belästigung keinerlei Zeit zur Verfügung stehen sollte. Es kommt nun die je nach Befugung, sie wird lachen: Polizei und Kinderkauteln.

#### Ämtliche Bekanntmachungen.

##### Betr. Auszahlung der Kriegsunterstützung

Die Auszahlung der Kriegsunterstützung findet am 17. Dezember 1918, vormittags von 8—12 und nachmittags von 2—6 Uhr bei der Gemeindefasse statt und zwar für die Empfangsberechtigten mit den Anfangsbuchstaben

|           |                        |
|-----------|------------------------|
| A.—D.     | von 8—9 Uhr vormittags |
| E.—G.     | „ 9—10 „ „             |
| H. und J. | „ 10—11 „ „            |
| K. und L. | „ 11—12 „ „            |
| M.—Q.     | „ 2—3 „ nachmittags    |
| R. S. St. | „ 3—4 „ „              |
| Th.       | „ 4—5 „ „              |
| T.—Z.     | „ 5—6 „ „              |

Um eine glatte Abwicklung des Zahlungsgeschäftes zu ermöglichen, wird ersucht, die festgesetzten Zeiten genau einzuhalten. Außerhalb dieser Zeiten werden Zahlungen nicht geleistet.

An dem vorbezeichneten Tage bleibt die Gemeindefasse für alle übrigen Geschäfte geschlossen.

##### Betr. Ausgabe von Weizengries und Nötsuppen.

Auf Nr. 18 der Lebensmittelkarte gelangt zur Ausgabe Weizengries und Nötsuppen.

Ein Pfund Weizengries kostet 48 Pfennig und 1 Pfund Nötsuppen kostet 85 Pfennig.

Die Karten sind bis Montag vormittag 12 Uhr in den Geschäften, und die Geschäftsinhaber haben dieselben bis Montag abend 6 Uhr auf Zimmer 8 im Rathause abzuliefern.

##### Betr. Ausgabe von Kriegsschuhen.

Die seiner Zeit in den Schulen bestellten Kriegs-

schuhe sind nun mehr auf Zimmer 1 im Rathause abzuholen.

Schierstein, den 12. Dezember 1918.

Der Bürgermeister: Schmidt.

Empfehle hiermit meinen separaten

## Damen salon

mit

Kopfwaschen Frisieren und Ondulieren.

Frau Georg Welsch.

## Wiedereinlegung von Schnell- u. Personenzügen.

Ab 11. Dezember d. Js. werden folgende Schnellzüge zwischen Mainz Hbf. und Tier Hbf. über Saarbrücken bis auf weiteres regelmäßig befördert:

| D 146         |                    | D 201        |  |
|---------------|--------------------|--------------|--|
| 800 nachm. ab | Mainz Hbf.         | an 120 vorm. |  |
|               | Bingen             | ab 1250      |  |
|               | Bingerbrück        | „ 1245       |  |
| 843 „ „       | Bad Kreuznach      | „ 1221       |  |
| 850 „ „       | Bad Münster a. St. | „ 1215       |  |
| 1140 „ an     | Saarbrücken        | „ 930 nachm. |  |
| 1150 „ ab     |                    | an 920       |  |
| 120 vorm. an  | Trier Hbf.         | ab 730       |  |

D 146 verkehrt über Ockenheim.

Ferner verkehren ab 12. Dezember d. Js. zwischen Bingerbrück und Mainz Hbf. bis auf weiteres wieder regelmäßig die Personenzüge:

1240 Bingerbrück ab 543 vorm. Mainz Hbf. an 655 vorm. und 1255 Mainz Hbf. ab 800 vorm. Bingerbrück an 910 vorm.

Mainz, den 12. Dezember 1918.

Eisenbahndirektion Mainz.

## Wegfall von Schnellzügen.

Ab Montag, den 16. Dezember d. Js. bis auf weiteres fallen folgende Schnellzüge vorübergehend aus:

|                               |                             |
|-------------------------------|-----------------------------|
| D 94 Frankfurt (M) ab 940     | Karlsruhe an 1233 nachm.    |
| D 16 Frankfurt (M) ab 354     | Weil-Leopoldshöhe an 1101 „ |
| D 25 Frankfurt (M) ab 1200    | „ an 723 vorm.              |
| D 93 Karlsruhe ab 650         | Frankfurt (M) an 930        |
| D 15 Weil-Leopoldshöhe „ 1112 | Frankfurt (M) an 602 nachm. |
| D 21 Karlsruhe ab 543         | Frankfurt (M) an 844 „      |

Die Anschlusszüge zu den Zügen D 94, D 16, D 24, D 93 und D 15 zwischen Friedrichsfeld M. N. B. und Mannheim fallen ebenfalls aus.

Die Züge D 11 Frankfurt (M) an 215 nachm. und D 156 Frankfurt (M) ab 1222 nachm. verkehren bis auf weiteres zwischen Weil-Leopoldshöhe und Frankfurt (M) über Mannheim.

Mainz, den 11. Dezember 1918.

Eisenbahndirektion.

Frischmelkende  
**Fahrküh**  
mit oder ohne Kald und  
**2 Ziegen**  
zu verkaufen.  
Fischergrasse 1.

Schönes, dörres, trockenes,  
buchenes  
**Holz,**  
3tr. 6 Mk. verkauft  
Georg Hartmann,  
Friedrichstr. 6.

Schöne  
**3-Zimmerwohnung**  
mit allem Zubehör bis Januar zu mieten gesucht.  
Näheres in der Geschäftsstelle.

Einige  
**Wasch- und  
Fleischbütchen**  
hat abzugeben.  
Gartenstraße 9.

Eine  
**2-3-Zimmerwohnung**  
bis 15. Januar zu mieten  
gesucht.  
Näheres Lehrstraße 13.

**Zu verkaufen:**  
Alter, gutgepolsterter  
Tisch mit Seitenlehnen,  
1 Damen-Mantel,  
versch. Damen-  
Hüte und sonstige gut  
erhaltene Bekleidungs-  
stücke.

Näh. in der Geschäftsstelle.

Schöne  
**Christbäume**  
zu verkaufen.  
Karl Wehnert,  
Lindenstraße 13.

**Kirchliche Nachrichten.**  
Evgl. Kirche.  
Sonntag, 15. Dez. 1918.  
10 Uhr Hauptgottesdienst.  
11 Uhr Kindergottesdienst.  
4 Uhr nachm. Bibelfunde.  
(Schreiber.)

Missionsverein fällt vorläufig aus.  
Missionar Schreiber.  
Pfarrverweser.



# Aufruf.

Nachdem sich die

## Deutsche Volkspartei

gebildet hat, rufen wir zur Sammlung gegen die Klassenherrschaft der Sozialdemokratie auf. Wir fordern die schnellste Einberufung einer

# Nationalversammlung

die der neuen Staatsform die verfassungsmäßige Grundlage geben soll. Für die Wahlen zu dieser Nationalversammlung erstreben wir mit allen anderen bürgerlichen Parteien ein Zusammenwirken und erhoffen eine **enge Vereinigung des gesamten deutschen Bürgertums**. Gemäß der programmatischen Rundgebung der deutschen Volkspartei wollen wir auf dem Boden der durch die Umwälzung geschaffenen demokratischen Staatsform dafür eintreten,

## die Reichseinheit zu wahren,

und baldigst **Ruhe und Ordnung im Lande** zu schaffen.

Die **wirtschaftliche Selbstständigkeit des Einzelnen** soll und muß auch unter der neuen Staatsform erhalten werden. Der Erhaltung einer freien Bauernschaft auf eigener Scholle, dem Wiederaufbau des **Mittelstandes**, insbesondere des **Handwerks**, der Erfüllung berechtigter Forderungen der **Beamten, Privatangestellten und Arbeiter** wird unsere besondere Aufmerksamkeit gelten.

Unsere **sozialen Einrichtungen**, die von keinem anderen Land der Erde erreicht werden, wollen wir behaupten und weiter ausbauen.

Die **Fürsorge für alle Kriegsteilnehmer**, insbesondere für die **Kriegsbeschädigten** und **Sinterbliebenen** der Gefallenen wird unsere vornehmste Sorge sein.

Die **Sicherstellung der Staats- und Kriegsanleihen**, der **Sparkasseneinlagen** und der gewährleisteten **Pensionen und Rentenbezüge** erachten wir als selbstverständliche Pflicht.

Die ungeheueren **Lasten des Krieges** müssen gerecht verteilt, den Kriegsgewinnlern die gebührenden Opfer auferlegt werden, für den **Wucher** darf es keine **Schonung** geben.

Die **deutsche Volkspartei** will treu die alten Ideale hüten, die wert sind, Bestandteile des neuen deutschen Volksstaates zu werden.

Die **Religion** wollen wir dem Volke erhalten, und treten insbesondere ein für die Beibehaltung des **Religionsunterrichts in den Schulen**, sowie für die Wahrung der geschichtlichen Rechte der großen Kirchengemeinschaften, besonders auch auf wirtschaftlichem Gebiet.

Den hohen Kulturgütern der Wissenschaft und der Kunst wird unsere Fürsorge gelten.

Den **vaterländischen Geist** wollen wir pflegen, um das deutsche Volk in neuer fester Einheit zusammenzufügen, und ihm in dem erstrebten Völkerbund eine geachtete Stellung sichern.

## Jeder Gewaltherrschaft treten wir entgegen

und wenden uns auf das schärfste gegen **zwecklose Vergendung von Geldern der Steuerzahler**.

**Kein Stand soll vor dem anderen bevorzugt werden.** Engste Verbindung aller Schichten unseres Volkes in voller Gleichberechtigung seiner Glieder ohne Unterschied des Geschlechtes, des Besitzes und des Standes wollen wir in **politischer Freiheit und sozialer Gerechtigkeit** schaffen.

Alle, die in diesen Bestrebungen mit uns einig gehen — Männer und Frauen, Bürgern und Bauern, Handwerker und Kaufleute, Fabrikanten und Arbeiter, Beamte und Angehörige freier Berufe — fordern wir auf, in unsere Reihen zu treten.

## Deutsche Volkspartei Wiesbaden.

### Der vorläufige Arbeitsausschuß:

**P. Mit**, Kaufmann; **C. Anding**; **W. Bethäuser**, Landesbauinspektor; **C. Broglie**, Lehrer; **H. Burandt**, Consul a. D. und Stadtrat; **Dr. Degenhardt**, Studienrat; **Dr. Dornblüth**, Sanitätsrat; **Frau Dr. Dornblüth**; **Dr. R. Dyckerhoff**, Stadtverordneter; **C. Greiff**, Schlosser; **H. Glücklich**, Kaufmann; **Bernhard Grothus**, Hauptschriftleiter; **Fräulein Tella Ilgen**, Lehrerin; **W. Jend**, Schriftleiter; **G. Krücke**, Rechtsanwalt; **Krüger-Velthusen**, Generalmajor; **C. Meier**, Stadtrat; **A. Merz**, Pfarrer; **F. Nickel**, Bankvorsteher; **W. Passavant**, Fabrikbesitzer; **Michelbacherhütte bei Michelbach in Nassau**; **A. Petitjean**, Verbandsdirektor; **A. Pfarrin**, Postsekretär; **A. Schröder**, Handwerkskammersekretär; **H. Treibach**, Schuhmachermeister.

Beitritts-Erklärungen von Männern und Frauen zur **Deutschen Volkspartei** sind zu richten an die **Wiesbadener Zeitung** **Wiesbaden, Nikolastr. 11.**

Unterzeichneter erklärt hiermit seinen Beitritt zur  
**„Deutschen Volkspartei“**  
mit einem Jahresbeitrag von M.  
Name .....  
Stand .....  
Wohnung .....  
(Straße und Hausnummer)